



Bundesverband selbständiger  
Buchhalter und Bilanzbuchhalter

Bitte zurück an:  
Mail: [bbh@bbh.de](mailto:bbh@bbh.de)  
Fax: 030 / 20 91 29 40

## Wahlprüfstein

### Ihre Position zur Deregulierung des Steuerberatungsgesetzes

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

1. Die berufspolitische Problematik der selbständigen Buchhalter und Bilanzbuchhalter ist mir bekannt  ja  nein
2. Die Befugnisse selbständiger Buchhalter und Bilanzbuchhalter, die im § 6 Nr. 4 Steuerberatungsgesetz geregelt sind, sollten der Praxis angepasst werden. Erlaubt werden sollte:
  - a) Die Erstellung der Umsatzsteuervoranmeldung  ja  nein
  - b) Die Einrichtung der Buchhaltung  ja  nein
3. Nach § 8 Abs. 4 Steuerberatungsgesetz dürfen sich selbständige Buchhalter und Bilanzbuchhalter auch als solche bezeichnen. Sind Sie dafür, dass sie mit dem Begriff „Buchhaltung“ auch werben dürfen, ohne die ihnen erlaubten Tätigkeiten im Einzelnen aufzählen zu müssen?  ja  nein
4. Unsere Partei setzt sich bereits für eine berufspolitische Verbesserung der selbständigen Buchhalter und Bilanzbuchhalter ein  ja, und zwar für folgende Änderungen:

Wir Freie Demokraten setzen uns grundsätzlich für Selbstständigkeit und Freie Berufe ein. Das gilt auch für Buchhalter und Bilanzbuchhalter. Es ist jedoch wichtig, dass jeder Kunde auch weiß und dementsprechend auch genau darüber informiert wird, welche Dienstleistung er in Anspruch nimmt.

Wir halten eine umfangreiche Überprüfung der unterschiedlichen Begrenzung der Aufgabenbereiche von angestellten und selbständigen (Bilanz-)Buchhaltern für angebracht und fordern wir eine Reform des Statusfeststellungsverfahrens.

Über das Statusfeststellungsverfahren muss sich zweifelsfrei klären lassen, ob eine abhängige Beschäftigung oder eine selbstständige Tätigkeit vorliegt. Klare gesetzliche Positivkriterien gewährleisten Rechtssicherheit, indem bei Vorliegen bestimmter Kriterien eine Selbstständigkeit rechtssicher und verbindlich festgestellt wird. Zudem soll die Prüfung durch eine unabhängige Stelle statt durch die Rentenversicherung vorgenommen werden.

Die Steuerberaterinnen und Steuerberater als Organ der Steuerrechtspflege haben gerade in den Krisenjahren ihren immens wichtigen Stellenwert für Deutschland noch einmal nachhaltig unterstrichen. Ohne den zeit- und personalaufwendigen Ressourceneinsatz des Berufsstandes, wäre die zielgerichtete Verteilung der Coronahilfen nur schwer möglich gewesen. Wir setzen uns daher auch künftig dafür ein, dass die Steuerberaterinnen und Steuerberater ihren wichtigen Aufgaben im Interesse sowohl ihrer Mandanten wie auch der Finanzverwaltung gerecht werden können. Durch ihre umfangreiche Ausbildung gewährleisten sie ein besonders hohes Maß an Beratungsqualität für ihre Mandanten.

nein, wir sind für keine Änderungen aus folgenden Gründen:

Ebenso sind Sie für die Finanzverwaltung fachkundige Ansprechpartner in der Kommunikation mit den Mandanten. Diese besondere Zusammenarbeit sollte nicht so einfach gefährdet werden.

5. Wird die europäische Kommission zur Deregulierung des Steuerberatungsgesetzes von Ihrer Partei unterstützt?  ja  nein
6. Wir wollen mehr zu dieser Thematik erfahren. Bitte schicken Sie uns weiteres Infomaterial zu!  ja  nein

26.04.2022

Datum

Unterschrift

Freie Demokratische Partei  
LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN  
24116 Kiel  
Eichhofstraße 27-29